

STELLUNGNAHME

Wagenführer der LBA solidarisch mit Regierung

Die Regierung hat entschieden, die LBA im Tiefbauamt einzugliedern. Im Vaterland wird das Thema jetzt hochgespielt, als ob Rita Kieber-Beck die Schuldige in Mitten der Probleme der LBA wäre. Wir im Zentrum der Diskussion stehenden Wagenführer sehen das anders. Für uns liegt es am Verwaltungsrat der LBA. Der Entscheid der Regierung ist richtig!

Aus unserer Sicht gehen die Probleme der LBA seit Beginn an auf den Verwaltungsrat und dessen Präsidenten zurück. Schon beim ersten Kennenlernen zwischen Wagenführern und Verwaltungsrat waren die Positionen und Vorstellungen derart unterschiedlich, dass einzelne Chauffeure das Treffen frühzeitig verlassen haben. Diese Missstände zwischen Verwaltungsrat und Wagenführern sollten sodann leider auch die Regel werden in der LBA. Wir Wagenführer hatten in der LBA nie Ansprechpartner. Unsere Probleme wurden zur Seite geschoben, zum Teil wurde massiv gegen Kollegen vorgegangen. Bis heute schillerndstes Beispiel ist derjenige Wagenführer, welcher auf Druck der LBA von der Postauto Schweiz gekündigt wurde. Der Grund dazu war, dass er die Wahrheit sagte, sich nicht alles gefallen liess und damit zu unbequem wurde. Ein weiteres Indiz für den Umgang, den der LBA Verwaltungsrat mit seinem Umfeld pflegt ist die Tatsache, dass innert kürzester Zeit zwei Betriebsleiter «geschlissen» wurden. Das spricht nicht wirklich für das tolle kommunikative Betriebsklima, dass die LBA darstellen möchte. Als die Wagenführer an einem Seminar zum Umgang mit Aggressionen im Postauto zusammenkamen, kamen derart viele Aggressionen zutage, dass das Amt für soziale Dienste einen Problemkatalog erarbeiten musste. Die Wagenführer erhofften sich damit, dass ihre Probleme damit ernst genommen und bearbeitet würden. Aber nichts geschah. Es waren wohl zu viele kritische Bemerkungen gegen die LBA darin enthalten.

Wir Wagenführer sind mit dem Regierungsentscheid solidarisch. Der Entscheid ist richtig. Wir versprechen uns davon, dass wir im Amt Ansprechpartner finden werden. Viele offene Fragen, wie zum Beispiel zugesicherte Weiterbildungskurse oder der Verbleib von offenen Bonuszahlungen, werden damit geklärt werden können. Zudem sind wir Wagenführer sicher, dass das Amt die zum Teil über 30-jährige Berufserfahrung von Chauffeuren nicht einfach missachten wird sondern im Gegenteil als positiver Aspekt mit einbezogen wird.

Für die Fahrgäste hat die Umstellung keine Konsequenzen, wenn, dann nur positive. Im Zentrum des öffentlichen Verkehrs muss der «service publique», die Dienstleistung an sich stehen. Wirtschaftliches Denken ist sicher notwendig, darf aber nicht die Leistung am Kunden beeinträchtigen. Die Grundversorgung im öffentlichen Verkehr kann ohnehin nicht kostendeckend oder gar gewinnbringend durchgeführt werden. Die Regierung als Eigentümerin ist sowieso aufgefordert, im Sinne der Grundversorgung die Kostendeckung wahrzunehmen. Also ist die Integration in die Landesverwaltung nur konsequent, um das Mitspracherecht als Eigentümerin wahrzunehmen. Jetzt schon hören wir Stimmen unserer Fahrgäste, die den Regierungsentscheid begrüßen.

Wir Wagenführer sind bereit zu einer konstruktiven Zusammenarbeit, bei der unsere Erfahrung einbezogen wird im Dienste unserer kleinen und grossen Fahrgäste.

Wagenführer der LBA

Eichel lockt «Flüchtlinge»

Geplante Steueramnestie in Deutschland könnte Liechtenstein finanziell treffen

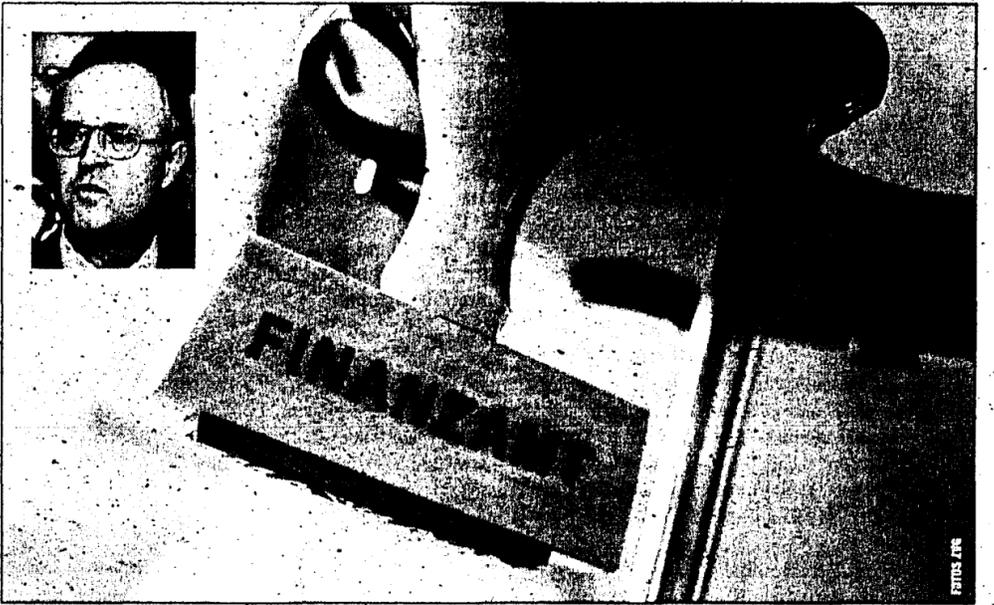
BERLIN/VADUZ - Dass die Taschen des deutschen Finanzministers Hans Eichel chronisch leer sind, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Mit einer Steueramnestie will Eichel jetzt jene Menschen «nach Hause locken», die ihr Geld im Ausland angelegt haben. Ein Schritt, der auch Liechtenstein hart treffen könnte.

• Wolfgang Zechner

Dass man in Deutschland wenig Steuern zahlen muss, behaupten wohl nur Leute, die ein seltsames Verständnis vom Wort «wenig» haben.

Kein Wunder also, dass sich in den letzten Jahren immer mehr Deutsche dazu entschlossen haben, ihr sauer verdientes Geld im Ausland anzulegen. Liechtenstein und die Schweiz haben neben vielen anderen Ländern von dieser «Steuerflucht» profitiert. Bis zu 500 Milliarden Euro, so die Schätzungen von Experten, dürften an der deutschen Steuer vorbei auf ausländischen Konten «versteckt» sein. Eine Zahl, die dem deutschen Finanzminister nicht erst seit heute ein fiskaler Dorn im Auge ist.

Zudem wurde jetzt auch noch bekannt, dass das deutsche Finanzministerium für dieses Jahr mit 2,2 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen rechnet als noch im November 2002 eingeplant. Hans Eichel tritt in Sachen «Steuerflüchtlinge» nun selbst die Flucht nach vorne an. Eichel legte deshalb die Eckpunkte für eine Steueramnestie am Mittwoch dem Kabinett vor. Die gesetzliche Regelung soll bereits vor der Sommerpause in Kraft treten können. Noch in diesem Jahr will Eichel so eine Milliarde Euro aus den erwarteten



Der deutsche Finanzminister Hans Eichel (kleines Bild) will jene Anleger «heimlocken», die gemeinhin als «Steuerflüchtlinge» abgestempelt werden.

Schwarzgeldrückflüssen in den Haushaltskassen einfliessen lassen.

Nach der Kabinettsvorlage für die Steueramnestie soll nun nicht mehr eine Selbstanzeige die «Brücke zur Steuerehrlichkeit», wie die Amnestieregelung euphemistisch genannt wird, sein, sondern eine strafbefreiende Erklärung. Also: wer «Reue» zeigt und sich freiwillig bei der deutschen Finanz meldet, bleibt nicht nur straffrei, sondern kann sein Vermögen dann auch gleich pauschal zu einem geringeren Satz versteuern.

Für die Erklärung gelten zwei Stufen. Bis Ende 2003 soll ein Steuersatz von 25 Prozent auf das erklärte Vermögen veranschlagt werden. Wer sich danach bis zum 30. Juni 2004 meldet, soll 35 Prozent Steuern auf das erklärte Ver-

mögen zahlen, heisst es in der Kabinettsvorlage.

Eichel geht dem Vernehmen nach davon aus, dass von dem «Schwarzgeld» im In- und vor allem im Ausland bis Mitte 2004 mindestens 20 Milliarden Euro «steuerehrlich» gemacht werden. Als grosses Vorbild dient offenbar Italien: Dort konnte man mit Hilfe einer Steueramnestie rund 60 Milliarden Euro aus dem Ausland erfolgreich repatriieren.

Was heisst das für Liechtenstein?

Es ist kein Geheimnis, dass viele Deutsche ihr Geld aus steuerlichen und auch anderen Gründen in Liechtenstein angelegt haben. Wenn diese Kunden zurückgehen wollen, könne man wenig dagegen tun, hiess es gestern aus liechten-

steinischen Bankkreise. Das Ziel heisst natürlich, so viele deutsche Kunden wie möglich zu halten. Das, so ein Experte, müsse vor allem über den Weg des persönlichen Gesprächs mit dem Kunden versucht werden. Derzeit, so das Fazit, könne man daher schwer abschätzen, wie sehr diese Steueramnestie den Finanzplatz tatsächlich treffen würde.

Fest steht, dass Eichels Vorgehen nicht immer auf ungeteilte Gegenliebe stösst. Lucien Thiel, der Chef der Luxemburgischen Bankenvereinigung ABBL, äusserte jungst harsche Kritik am bundesdeutschen Vorgehen in Sachen «Steuerflüchtlinge»: «Der Psychoterror deutscher Politiker auf die Anleger ist seit Jahren so gross, dass Schwarzanleger längst das Weite gesucht haben.»

Nicht böswillig aus dem Verkehr gezogen

Umstrukturierung bei der LBA zielt einzig auf Bündelung der Ressourcen ab

VADUZ - «Mir ging es in keiner Weise darum, den Verwaltungsrat der Liechtenstein Bus Anstalt (LBA) abzuschliessen, sondern darum, Ressourcen zu bündeln», erklärt Verkehrsministerin Rita Kieber-Beck und weist entsprechende Vorwürfe von sich. Schliesslich sei die Forderung nach einer Strukturanalyse der LBA aus den Reihen des Landtages gekommen.

• Doris Meier

«Aussen hui – innen pfui», so hatte der FDP-Abgeordnete Adrian Hasler in der Junisession 2002 des Landtages den Jahresbericht der LBA bewertet. Bemängelt wurde damals vom Landtag, dass der Verwaltungsrat unverhältnismässig viele Sitzungen abhalte und horrenden Kosten verursache. Ausserdem wurde kritisiert, dass sich der Verwaltungsrat zu stark in die operativen Geschäfte der LBA einmische und dass die Aussagen in den Berichten des LBA-Verwaltungsrates nicht von informativer und sachlicher Natur seien, sondern sich auf politisch wertende Ausführungen stützten.

Die Regierung ist damals der Forderung des Landtages nachgekommen, das Konstrukt LBA genauer



Um den «Treibstoffverbrauch» der Verwaltung in einem umweltverträglichen Rahmen zu halten, soll die LBA umstrukturiert werden.

unter die Lupe zu nehmen. Die entsprechende Analyse liegt nun vor und kommt zum Schluss, dass das jetzige Konstrukt nicht zweckmässig ist. Im Bericht und Antrag, der in der Märzsession des Landtages behandelt werden wird, führt die Regierung aus, dass die Mehrheit der Aufgaben, welche heute dem Verwaltungsrat der LBA zugekommen seien, klassische Verwaltungstätigkeiten sind, die, integriert in den Verwaltungsapparat der Landesverwaltung, effizienter und kostengünstiger behandelt werden könnten. Dies aus jenem Grund, weil die LBA die operativen Tätigkeiten im öffentlichen Verkehr

nicht selber wahrnehme, sondern an Subunternehmer delegiere.

Die Regierung schlägt deshalb dem Landtag vor, die LBA in eine unselbständige Anstalt öffentlichen Rechts umzuwandeln und in die Landesverwaltung zu integrieren. Die Geschäftsleitung sowie die Marke LBA sollen dabei aber erhalten bleiben.

Demission unverständlich

Dass fünf Mitglieder des Verwaltungsrates auf diese Neuorientierung mit einem Rücktritt reagiert haben, ist für Rita Kieber-Beck nicht nachvollziehbar, denn die Mandatsperiode des Verwaltungs-

rates wäre ja ohnehin Mitte März ausgelaufen. «Die Parteien wurden von der Regierung diesbezüglich schon vor längerer Zeit angeschrieben. Die Regierung hat lediglich die Aufsichtspflicht über die Geschäftsleitung. Der Verwaltungsrat hingegen wird vom Landtag gewählt», erklärte Rita Kieber-Beck.

Bündelung von Ressourcen

Von Seiten des Tiefbauamtes würde diese Strukturänderung begrüsst werden, heisst es im Bericht und Antrag weiter. Mit den bestehenden Personalressourcen könnte der zusätzliche Aufwand problemlos bewältigt werden. Ausserdem soll die bereits bewilligte Stelle eines Verkehrsbeauftragten beim Tiefbauamt eingerichtet werden. Der Verkehrsbeauftragte soll sich dann mit der Gesamtmaterie «Verkehr» auseinandersetzen. Diese Neuausrichtung bringt nach Ansicht der Regierung den Vorteil mit sich, dass Entwicklungen im Bereich des Strassenverkehrs konzentriert und gebündelt betrachtet werden können. So könnten auch Wechselwirkungen der einzelnen Verkehrsarten an zentraler Stelle aufeinander abgestimmt und nötige Anpassungen koordiniert werden.

ANZEIGE.



Zu verkaufen auf Masssch
Baugrundstück

JOSEPH WOHLWEND
TREUHAND AG · VADUZ
TEL. +423 237 58 00 / www.jwt.li